



Beirat billigt Mahnmal-Standort nahe Teerhofbrücke

Der Beirat Mitte hat sich festgelegt: Das Mahnmal zur Erinnerung an die Ausplünderung der Juden im NS-Staat soll an der Schlachte in Nähe der Teerhofbrücke entstehen. Damit nahm der Beirat am Montag den Vorschlag des rot-grünen Koalitionsausschusses von vergangener Woche an – allerdings unter der Voraussetzung, dass der ausgewählte

Mahnmal-Entwurf der Architektin Angie Oettinghausen an dem Standort auch realisierbar ist. Landesdenkmalpfleger Georg Skalecki kündigte auf der Sitzung an, er werde darüber mit der Künstlerin sprechen. Für den Antrag der Grünen stimmten zehn Beiratsmitglieder, nur die Linken-Vertreter waren dagegen. Vor Beginn der Beiratssitzung hatte etwa ein

Dutzend Menschen gefordert, das Mahnmal am Fuße des Stammsitzes von Kühne+Nagel zu errichten. Das Logistikunternehmen sei einer der Hauptprofiteure der Beraubung von Juden im Nationalsozialismus gewesen, hieß es. Die Diskussion über das geplante Denkmal läuft seit vielen Wochen. Zunächst gab es den Vorschlag, der Stand-

ort könne an einem Schulzentrum in Walle sein. Danach hatte die Kulturbehörde vorgeschlagen, das Mahnmal auf Höhe der Jugendherberge an der Schlachte zu errichten. Weil dies den Grünen nicht nahe genug an Kühne +Nagel war, einigte sich der Koalitionsausschuss mehrheitlich auf einen Platz nahe der Teerhofbrücke.

TEXT: JAZ/FOTO: FRANK THOMAS KOCH



Wenn dir's im Kopf
und Herzen schwirrt,
was willst du Bessres haben!
Wer nicht mehr liebt
und nicht mehr irrt,
der lasse sich begraben.

JOHANN WOLFGANG VON GOETHE (1749–1832)

TACH ACH

Ohs und Ahs

VON HENDRIK WERNER

Neulich in Barcelona. Am Alten Hafen richten Touristen und Einheimische abwechselnd ungläubige, bewundernde und neidische Blicke auf die vor Anker gegangenen Yachten. Eine davon entlockt den Zaungästen besonders viele Ohs und Ahs.

Der Name „Dilbar“ prangt auf diesem mit 157 Metern längsten Schiff seiner Art. Zwar ist als Heimathafen Cape Town angegeben, doch der Besitzer ist ein russischer Oligarch usbekischer Herkunft: Alisher Usmanov macht in Gas und Metall. Sein seetüchtiges Statussymbol, dessen Aufbauten aus Aluminium sind, hat er sich sage und schreibe 600 Millionen Dollar kosten lassen. Kino, Pool und Hubschrauberlandeplatz zählen wie selbstverständlich zur Ausstattung.

Auch das Image von Bremen-Vege-sack, dessen Bewohner nur bedingt als Nassauer gelten, erfährt beim Anger-Aufgalopp an der Wasserkante von Barcelona eine aparte Aufwertung. Eine auffällige Plakette bezeugt die Lürsen-Werft als Geburtsort des maritimen Monsters. Merke: Bescheidenheit ist eine Zier, doch weiter kommt man ohne ihr.

Architekten wollen sechs Tiefgaragen

Vorschlag für Wallanlagen erläutert

VON JÜRGEN HINRICHS

Bremen. Der Bund Deutscher Architekten (BDA) hat seinen Vorschlag präzisiert, unter den denkmalgeschützten Wallanlagen Parkraum zu schaffen. Es sollen demnach sechs Tiefgaragen mit jeweils 460 Stellplätzen werden, erklärte der stellvertretende BDA-Vorsitzende Michael Hindenburg am Montagabend beim Bremer Stadtdialog im BLG-Forum in der Überseestadt. Vorbild sei ein Parkhaus unter der Erde am Rande des Stadtzentrums von Groningen und in der Nähe historischer Gebäude. Das Ziel: Die eigentliche City vom Autoverkehr befreien.

Der BDA will in den Wallanlagen nicht zusätzlichen Parkraum schaffen, sondern kompensieren, was im Zentrum weichen soll. Vier Hochgaragen wären das nach Rechnung der Architekten: Brill, Mitte, Katharinen und Dom. Sie alle könnten geschleift werden. Bleiben sollten nach BDA-Ansicht die Parkhäuser Pressehaus und Doventor. Das Ergebnis: 2800 Einstellplätze weniger und Flächen, die im innersten Inneren der Stadt für andere Nutzungen frei würden. Und 2800 Einstellplätze als Ausgleich, die in den Wallanlagen immer noch sehr nahe an der Innenstadt lägen.

Nach der Präsentation ist diese Idee bei der anschließenden Podiumsdiskussion nicht in Bausch und Bogen verurteilt oder in das Reich der Fantasie verwiesen worden. Einig waren sich die Teilnehmer, dass die Innenstadt gewinnen würde, wenn sie weniger Autoverkehr aufnehmen müsste und die breiten Tangenten zurückgebaut werden könnten. Als Beispiele wurden die Bürgermeister-Smidt-Straße und die Martinstraße angeführt. Bau- und Verkehrs-senator Joachim Lohse (Grüne) ließ es sich nicht nehmen, dies als Gelegenheit für eine Spitze gegen den SPD-Koalitionspartner zu nutzen: „Wir waren uns vor drei Jahren einig, in der Martinstraße einen Mittelstreifen zu bauen, als es dann um die konkrete Planung ging, wollte die SPD nicht mehr mitmachen.“ Er sei damals von Wirtschafts-senator Martin Günthner (SPD) und der Handelskammer in Briefen „aufs Schärfste“ angegriffen worden. Seitdem sei das Thema Martinstraße mit einem Tabu belegt.

Im Zusammenhang mit dem BDA-Vorschlag wurde während der Diskussion daran erinnert, dass die Bauwirtschaft den Plan, der 2016 auf ein Parken unter der Straße Am Wall abzielte, unter Kostengesichtspunkten durchaus als realistisch ansah. Wall, Wallanlagen – warum, fragte BSAG-Sprecher Christian Meyer, muss es eigentlich so nah dran sein? „Warum nicht etwas weiter raus?“ Freie Fläche gibt es zum Beispiel auf dem Gelände des Güterbahnhofs.

Streit um Geschäft mit den Toten

Bestatter drohen mit Bau eines eigenen Krematoriums

VON JÜRGEN THEINER

Bremen. Das städtische Krematorium wird demnächst nagelneue Öfen haben – aber möglicherweise kaum noch Leichen zum Verbrennen. Dieses Szenario ist zumindest denkbar, je nach Ausgang eines Streites, der sich gerade zwischen dem grün-geführten Umweltressort des Senats und der Bestattergilde zuspitzt. Die droht mit dem Bau einer Konkurrenzanlage in Niedersachsen.

Die Einäscherungsanlage auf dem Huckelrieder Friedhof wird seit kurzem für rund 4,8 Millionen Euro grundlegend erneuert. Insbesondere die beiden 20 Jahre alten Öfen galten als schrottreif. Ein wirtschaftliches Risiko wäre eine solche Modernisierung für die Stadt normalerweise nicht. Im Gegenteil: Die Gebühren für die Einäscherung von Toten sind so bemessen, dass der Betrieb der Anlage Überschüsse abwirft. Dieses Geld steckt der Umweltbetrieb Bremen (UBB) in die Friedhofsunterhaltung.

Dass die Verbrennung von Toten ein einträgliches Geschäft ist, weiß man auch im privaten Bestattungsgewerbe. Immer mehr Menschen bestimmen zu Lebzeiten, dass ihre sterblichen Überreste eingäschert werden sollen – nicht zuletzt aus Kostengründen. Während eine Verbrennung mit anschließender Beisetzung der Asche in einem anonymen Gräberfeld mit rund 1150 Euro zu Buche schlägt, betragen die Kosten einer traditionellen Bestattung eines Leichnams im Einzelgrab fast das Doppelte. Der Grabstein ist da noch nicht inbegriffen. Von den rund 8000 jährlichen Bestattungsfällen in Bremen machen Einäscherungen inzwischen gut drei Viertel aus.

Vor diesem Hintergrund hatte eine Arbeitsgemeinschaft örtlicher Bestattungsunternehmen bereits vor mehreren Jahren bei der Umweltbehörde sondiert, ob eine mehrheitliche Übernahme des Huckelrieder Krematoriums infrage komme. Die Rede war von einem Anteil von mindestens 75 Prozent. Die Behörde sagte weder klar Ja noch Nein, nahm die Privatisierungs-Offerte allerdings eher reserviert auf. Zuletzt wurden die Branchenvertreter im vergangenen Jahr bei Umweltsenator Ronny Meyer vorstellig. Der Tenor war dabei offenbar der gleiche: „Es waren keine eindeutigen Aussagen zu erhalten“, erinnert sich Christian Stubbe, Geschäftsführer des gleichnamigen Beerdigungsunternehmens. Stubbe und seine Mitstreiter aus dem Bestattungsgewerbe sind die Sache nun leid. Sie machen eine unmissverständliche Aussage an den Senat: Entweder die Privatisie-

rung kommt zustande, oder die Branche baut eine konkurrierende Einäscherungsanlage im niedersächsischen Umland. Das hieß nach Stubbes Darstellung allerdings, dass rund 4000 der jährlich etwa 6000 Leichenverbrennungen nicht mehr in Bremen stattfänden und damit dem städtischen Krematorium die wirtschaftliche Grundlage weitgehend entzogen wäre. „Das wollen wir eigentlich nicht“, sagt Stubbe. Es sei Ziel der Branche, die Anlage in Bremen zu erhalten.

Im Umweltressort des Senats sind die Konsequenzen eines Rückzugs der Bremer Bestatter bereits durchgerechnet worden. In schönstem Behördendeutsch veranschlagt man dort den möglichen „Abzug der Einäscherungsäquivalente“ auf lediglich 50 Prozent des Gesamtvolumens. Sollte dieser Fall eintreten, wäre das Krematorium trotzdem noch wirtschaftlich zu betreiben, sagt Staats-

„Es waren keine eindeutigen Aussagen zu erhalten.“

Bestatter Christian Stubbe

rat Meyer. Er wehrt sich nicht grundsätzlich gegen eine Privatisierung der Anlage. Allerdings übersehe die Arbeitsgemeinschaft der Bestatter einen wichtigen Punkt. Die öffentliche Hand könne das Krematorium nicht „mal eben so“ an eine lokale Bietergruppe verkaufen. Der Weg einer Privatisierung führe unweigerlich über eine europaweite Ausschreibung. Und bei der müsse nicht unbedingt eine Bremer Bietergruppe zum Zuge kommen.

Beerdigungsunternehmer Stubbe, der auch Vorsitzender des Bremer Bestatterverbandes ist, wäre indes kein geschickter Funktionär, wenn er nicht bereits versucht hätte, den hinhaltenden Widerstand der Umweltbehörde politisch aufzubrechen. Offenbar hat er die Unterstützung oder zumindest das Wohlwollen der SPD für sein Anliegen gewinnen können. Das ist aus einer kleinen Anfrage der Sozialdemokraten in der Bürgerschaft herauszulesen. Darin wird unter anderem die Frage aufgeworfen, ob der Betrieb eines Krematoriums tatsächlich der staatlichen Daseinsvorsorge zuzurechnen sei und die Mittelstandsförderung nicht vielmehr eine Privatisierung gebiete.

Kommentar Seite 2

ANZEIGE

WISSEN
SCHAFFT
WAGNISSE

» Theater ist Forschung, eine Suchbewegung, jede Produktion gleicht einem Experiment. Mit Variablen und einem Ergebnis, das man vorher nicht kennt. Am Ende muss man eine Punktlandung machen. «

* Nathalie Forstmann
künstlerische Leitung der
Jungen Akteure am Theater Bremen

BREMEN IST EXZELLENT.

Die unifreunde unterstützen die Exzellenzstrategie.

